



Amtliche Bekanntmachung des Landkreises Heidenheim: Allgemeinverfügung des Landratsamtes Heidenheim

Das Landratsamt Heidenheim – Gesundheitsamt (im Folgenden: Gesundheitsamt) erlässt nach § 17b Abs. 1 der Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) vom 15. September 2021 (in der ab 4. Dezember gültigen Fassung) in Verbindung mit § 1 Abs. 6a S. 1 der Verordnung des Sozialministeriums über Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSGZustV BW) folgende

Allgemeinverfügung

über die Festlegung von Verkehrs- und Begegnungsflächen für ein Alkoholkonsum- und -ausschankverbot in der Großen Kreisstadt Heidenheim an der Brenz

A) Entscheidung

- I. Die Zonen „Innenstadt und Brenzpark Süd“ und „Schlossberg“ der Großen Kreisstadt Heidenheim an der Brenz werden im Benehmen mit der Stadt als zuständiger Ortspolizeibehörde als Verkehrs- und Begegnungsflächen in Innenstädten oder sonstigen öffentlichen Orten, an denen sich Menschen entweder auf engem Raum oder nicht nur vorübergehend aufhalten, im Sinne des § 17b Abs. 1 CoronaVO festgelegt.
- II. Die Zonen „Innenstadt und Brenzpark Süd“ sowie „Schlossberg“ der Stadt Heidenheim an der Brenz sind aus der Anlage ersichtlich. Die Anlage ist Teil dieser Verfügung.
- III. Die Allgemeinverfügung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Hinweise:

1. Regelungen anderer einschlägiger Vorschriften werden von dieser Allgemeinverfügung nicht berührt, soweit sie nicht ausdrücklich genannt werden, und sind zu beachten. Hierzu zählt insbesondere die CoronaVO des Landes Baden-Württemberg in ihrer jeweils aktuellen Fassung.
2. Diese Allgemeinverfügung ist beim Landratsamt Heidenheim mit Sitz in Heidenheim einsehbar.
3. Nach § 73 Abs. 1a Nr. 24, Abs. 2 IfSG ist die vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlung einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 32 S. 1 IfSG ordnungswidrig und kann mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden. Diese Allgemeinverfügung stellt gemäß §§ 28 Abs. 1, Abs. 3, 28a Abs. 1 Nr. 9, 16 Abs. 8 IfSG mit ihrer Bekanntgabe eine solche sofort vollziehbare Anordnung dar. Widerspruch und Anfechtungsklage haben daher keine aufschiebende Wirkung.

B) Begründung

Nach der wissenschaftlichen Prognose des Landesgesundheitsamtes Baden-Württemberg (LGA) sowie unter Berücksichtigung sämtlicher für das Infektionsgeschehen wesentlicher Parameter und der Tatsache, dass eine ausreichende Impfquote im Sinne einer Herdenimmunität immer noch nicht erreicht werden konnte, befindet sich das Land in einer sehr kritischen pandemischen Situation, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zwingend erforderlich macht, um einen Kollaps des Gesundheitssystems zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund wurde in die ab 4. Dezember 2021 gültige Fassung der Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) mit dem neuen § 17b Abs. 1 die Regelung aufgenommen, dass in der Alarmstufe II der Ausschank und Konsum von Alkohol auf von der zuständigen Behörde im Benehmen mit der zuständigen Ortspolizeibehörde festzulegenden Verkehrs- und Begegnungsflächen in Innenstädten oder sonstigen öffentlichen Orten, an denen sich Menschen entweder auf engem Raum oder nicht nur vorübergehend aufhalten, untersagt ist.

Damit soll der Anreiz zur Gruppenbildung in der Öffentlichkeit vermieden und die vom Alkoholkonsum ausgehende Infektionsgefahr infolge alkoholbedingter Enthemmung eingegrenzt werden. Erfasst sind sowohl der Konsum von privat mitgebrachten als auch von erworbenen alkoholischen Getränken in unmittelbarer Nähe zu der Verkaufsstelle und auf sonstigen öffentlichen Begegnungsflächen.

Bei der Regelung des Alkoholverbots handelt es sich um eine notwendige Schutzmaßnahme im Sinne des § 28 Abs. 1 S. 1 und 2 IfSG zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19). § 28a Abs. 1 Nr. 9 IfSG sieht ausdrücklich ein „umfassendes Verbot der Alkoholabgabe oder des Alkoholkonsums auf bestimmten öffentlichen Plätzen oder in bestimmten öffentlich zugänglichen Einrichtungen“ vor. Entsprechend der Gesetzesbegründung kann die Untersagung der Abgabe oder des Konsums von alkoholischen Getränken auf bestimmten öffentlichen Plätzen oder zu bestimmten Zeiten erheblich dazu beitragen, Infektionsrisiken zu verringern, da durch die damit verbundene Kontaktbeschränkung das Übertragungsrisiko gesenkt wird. Zudem wird verhindert, dass sich wechselnde Gäste oder Gästegruppen an den Verkaufsstellen einfinden und gruppieren. Hierdurch werden bestimmte öffentliche Plätze besonders attraktiv, um Partys o. ä. zu feiern. Des Weiteren dient ein Alkoholausgabeverbot dazu, spontanen gemeinschaftlichen (weiteren) Alkoholkonsum zu reduzieren, da eine zunehmende Alkoholisierung dem Ziel der Kontaktminimierung entgegensteht. Das gilt insbesondere zur Nachtzeit. Diese Überlegungen treffen umso mehr zu, als Weihnachtsmärkte und Silvesterfeiern in der allseits bekannten Form dieses Jahr nicht stattfinden können. Bei den derzeit sehr hohen Infektionszahlen und der Belastung der Krankhauskapazitäten ist es daher unausweichlich, Maßnahmen zu ergreifen, die ein Ausweichen auf den öffentlichen Raum zum gemeinsamen Alkoholkonsum verhindern.

Neben dem Ziel der Kontaktminimierung soll das „Alkoholverbot“ auch die Infektionsgefahren eingrenzen, die von einem gemeinsamen Alkoholkonsum ausgehen. Der Konsum von Alkohol führt aufgrund der dem Alkohol immanenten enthemmenden Wirkung dazu, dass Infektionsrisiken nicht mehr richtig eingeschätzt und auch die AHA-Regeln nicht mehr eingehalten werden. Die Gefahr der Ansteckungen steigt dadurch um ein Vielfaches. Der Konsum von Alkohol begünstigt zudem Gruppenbildungen, was gerade auf öffentlichen Plätzen mit der Gefahr der Gruppenbildung von fremden Personen einhergeht. Zudem können Kontakte auf öffentlichen

Plätzen mit fremden Personen faktisch nicht nachverfolgt, Infektionsketten mithin nicht nachvollzogen und unterbrochen werden.

Die zuständigen Behörden haben den Anwendungsbereich der Regeln unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten zu konkretisieren.

Zuständige Behörde in diesem Zusammenhang ist gem. § 1 Abs. 6a S. 1 IfSGZustV das Gesundheitsamt des Landratsamtes Heidenheim.

Im Landkreis Heidenheim ist die Corona-Infektionslage derzeit sehr angespannt. Die Sieben-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner liegt seit mehreren Wochen konstant bei über 500, zeitweise wurden sogar Werte von deutlich über 600 verzeichnet. So lag die Sieben-Tage-Inzidenz etwa am 5. Dezember 2021 bei 645,3.

Die Lage in den Kliniken Landkreis Heidenheim gGmbH ist infolge des dynamischen Infektionsgeschehens ebenfalls besorgniserregend. Die Patientenzahlen sind hoch, mehrere Normalstationen wurden bereits in Covid-Stationen umgewandelt. Elektive Eingriffe werden bereits seit einiger Zeit verschoben.

In den Zonen „Innenstadt und Brenzpark Süd“ und „Schlossberg“ der Stadt Heidenheim an der Brenz halten sich Menschen oftmals auf engem Raum und nicht nur vorübergehend auf. Durch das Aufeinandertreffen vieler verschiedener Personen aus unterschiedlichen Haushalten ist das Infektionsrisiko dort erhöht. Der weiteren Ausbreitung des Coronavirus muss aufgrund der geschilderten angespannten Lage dringend entgegengewirkt werden.

Daher werden im Benehmen mit der Stadt Heidenheim als örtlich zuständiger Ortspolizeibehörde die genannten Flächen als Zonen im Sinne des § 17b Abs. 1 CoronaVO festgelegt, in denen in der Alarmstufe II der Konsum und Ausschank von Alkohol verboten ist. Durch diese Maßnahme soll dem Infektionsrisiko, das sich insbesondere aus gemeinschaftlichem Alkoholkonsum ergibt, entgegengewirkt werden.

Von einer Anhörung ist gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) bei einer Allgemeinverfügung nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens abgesehen worden.

Nach § 41 Abs. 4 S. 4 LVwVfG kann die Allgemeinverfügung am Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben gelten.

C) Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Widerspruch bei der zuständigen Behörde erhoben werden. Zuständige Behörde ist das Landratsamt Heidenheim mit Sitz in Heidenheim an der Brenz.

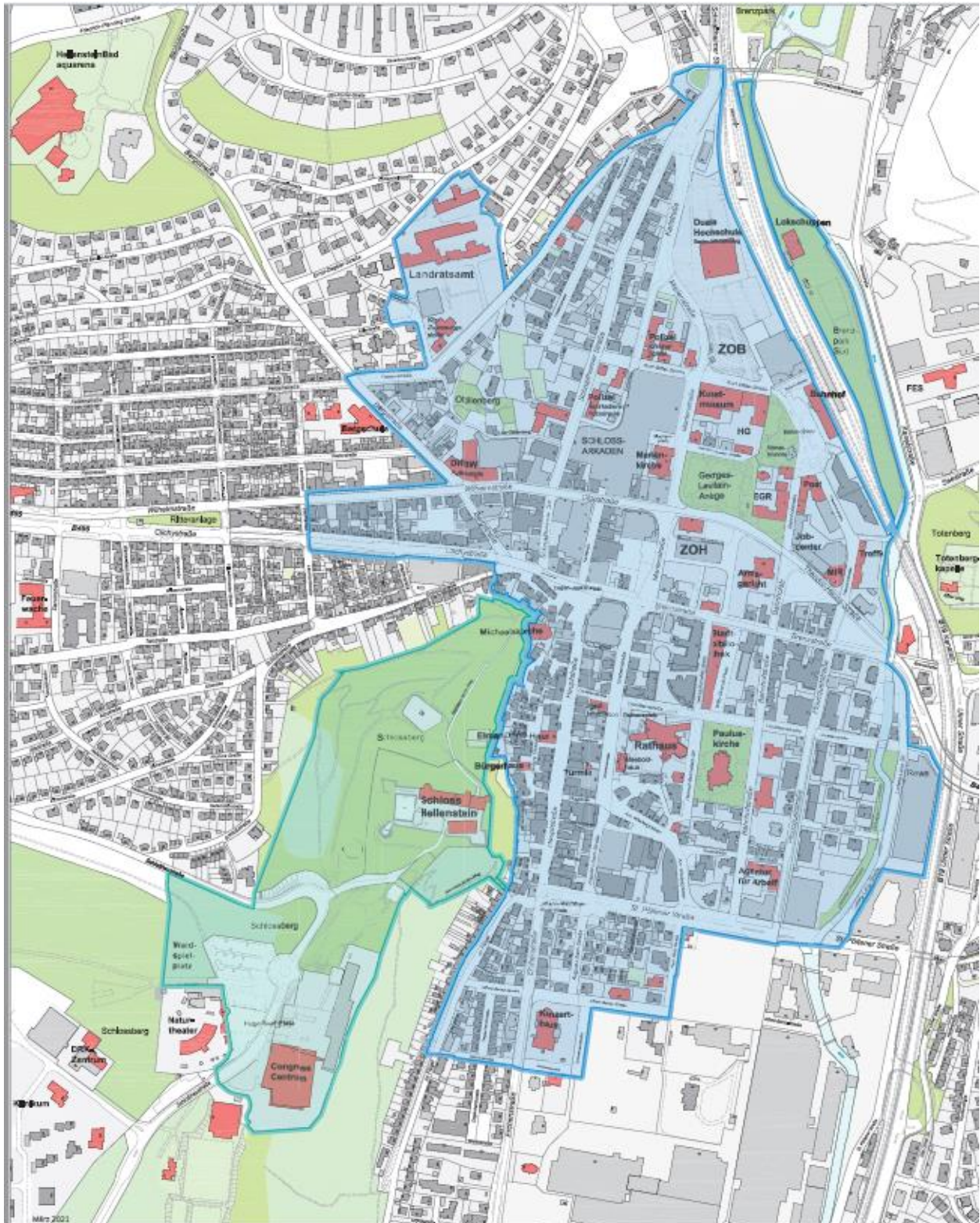
Heidenheim an der Brenz, 09.12.2021

gez.

Peter Polta

Landrat

Anlage



Alkoholverbots-Zonen auf öffentlichen Flächen

— Zone Innenstadt und Zone Brenzpark Süd

— Zone Schlossberg